

Wirtschaftlicher Rück- und Ausblick

Ansprache des Präsidenten Dr. Dr. h. c. A. WILHELM

gehalten an der ordentlichen Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Chemische Industrie
am 28. September 1956 in Zürich

Unsere Generalversammlung vereinigt alljährlich zur gemeinsamen freundschaftlichen Beratung die Exponenten der chemischen Wissenschaft mit den Vertretern der chemischen Industrie und des Chemikalienhandels aus allen Teilen unseres Landes. Dank dieser persönlichen Fühlungnahme ist im Laufe der Jahre ein starkes inneres Band der Zusammengehörigkeit zustande gekommen, das durch die mannigfaltigen Probleme, die uns beschäftigen, einen steigenden Einfluß auf unser kulturelles Leben und auf unsere Wirtschaft ausübt.

In diesem Jahr erweitert sich unsere Versammlung zu einem internationalen Forum. Wir begehen heuer die Hundertjahrfeier der Entdeckung des ersten synthetischen Farbstoffes aus den Derivaten des Steinkohlenteers. Diesem Ereignis kommt für das industrielle Leben unseres Landes symbolische Bedeutung zu. WILLIAM HENRY PERKIN, der während der Sommerferien 1856 in seinem zu Hause aufs primitivste eingerichteten Laboratorium hantierte, beobachtete im Reagenzglas einen unansehnlichen violetten Niederschlag, der Seide anfärbte. Man muß die Aufgeschlossenheit und die Internationalität des Seidenfärbers im alten Europa kennen, um zu begreifen, wie dieser in England zum Glimmen gekommene Funke sich rasch zur Flamme entzündete. Über die französische Textilmetropole Lyon schlug die Farbstoffsynthese eine Bresche in die von überlieferten Rezepturen beherrschte Basler Seidenfärberei und in die Usancen des Handels in Extrakten pflanzlichen und tierischen Ursprungs, der von der Rheinstadt aus in allen Richtungen der Windrose damals schon betrieben wurde. Im Laufe eines Jahrhunderts ist aus dieser glücklichen Symbiose alter Basler Gewerbe mit der modernen Wissenschaft eine der wichtigsten Wohlstandsquellen der schweizerischen Volkswirtschaft herangewachsen. Ihre heutige internationale Stellung wird uns bewußt, wenn wir hören, daß es der Schweiz als alleinigem Land unter allen europäischen Chemikalienproduzenten gelungen ist, ihren prozentualen Anteil an der scharf ansteigenden Weltchemieerzeugung seit 1938 zu halten und sogar ein wenig zu steigern. Alle großen europäischen Industrieländer, insbesondere Deutschland, Frankreich, England, Italien, sind in ihrem Weltmarktanteil hinter der imposanten Entwicklung der amerikanischen und russischen chemischen Industrie zurückgeblieben. Auf dem Gebiet der Teerfarben aber hat die Schweiz eine beson-

ders hervorragende Leistung vollbracht. Sie bekleidet unter den farbstoffexportierenden Ländern der Welt seit Jahrzehnten den zweiten Rang; im Gefolge des Zweiten Weltkrieges stand sie während beinahe einer Dekade sogar an erster Stelle.

In ihrem Aufstieg ist die schweizerische Teerfarbenindustrie den liberalen Organisationsprinzipien ihrer Gründungszeit treu geblieben. Nie hat sie staatliche Hilfe als Stütze ihrer Entwicklung beansprucht. Es ist deshalb besonders reizvoll, wenn meine diesjährigen Randbemerkungen zum abgelaufenen Geschäftsjahr einleitend einer industriellen Entwicklung gelten, die als Frucht der Kriegswirtschaft und als Kind der staatlichen Intervention die Aufmerksamkeit unserer Gesellschaft jahrelang beanspruchte und in periodischen Intervallen unsere Stellungnahme provozierte. Ich meine die Holzverzuckerung in Ems.

Wohl deshalb, weil der Glaube an die Durchschlagskraft der privaten Initiative in unserem Lande unerschüttert ist, wurde der Mut aufgebracht, gegen einen vom Parlament gutgeheißenen Bundesbeschuß das Referendum, dieses unsere staatliche Ordnung ganz besonders auszeichnende Institut der Bundesverfassung, zu ergreifen. Es galt, dem politischen Herrschaftsbereich einen Unternehmungskomplex zu entreißen, der sich als Erzeuger wichtiger chemischer Grundstoffe etablieren wollte und auf die Dauer eine untragbare Verfälschung unserer Rohmaterialgrundlage nach sich gezogen hätte, und zwar um so mehr, als dieses Beispiel bei der Struktur unseres föderativen Systems der Bundeshilfe Gefahr lief, auf breitester Basis Schule zu machen.

Es ist für die ganze schweizerische Industrie ein gutes Omen, daß wir der Interventionstätigkeit unserer Behörden durch unsere demokratischen Institutionen eine Grenze zu setzen vermochten. Die Stimmen, die uns aus dem Ausland über die Emser Abstimmung zu Ohren gekommen sind, kennzeichnen sich durch einen leisen Ton des Neides darüber, daß in anderen Staaten der Einsatz eines solch gediegenen Rechtsmittels unbekannt ist.

Die entscheidende Lehre, die der unvoreingenommene Beobachter aus der Emser Entwicklung ziehen muß, ist die, daß die freie Konkurrenz auf unser ganzes ökonomisches Leben eine eminent erzieherische Wirkung ausübt. Ein Unternehmen, oder auch nur Teile eines solchen, die aus der offenen Marktwirtschaft ausgegliedert

werden, verlieren ihren Kompaß, der ihnen durch die naturgegebenen Gesetze der Wirtschaft ein gesundes Verhalten aufzwingt. Anstelle des Bestrebens nach dem höchstmöglichen Nutzeffekt tritt beim staatlich gestützten Unternehmen das Rennen nach der ergiebigsten Quelle öffentlicher Subsidien. Das Sozialprodukt der Volkswirtschaft wird dadurch geschmälert. Es wird der Weg der Autarkie gesucht, der Weg, der die wirtschaftliche Vernunft verschüttet, der selbst große und starke Wirtschaftsgebiete nicht vor dem Ruin bewahrt hat und der deshalb auch bei uns in der Schweiz nicht ungestraft begangen werden kann.

Darum haben wir ohne Unterlaß dafür plädiert, industrielle Arbeitsgebiete zu meiden, die den internationalen Maßstäben der Produktivität nicht standhalten. Und dort, wo sich der Einsatz öffentlicher Mittel zur Wirtschaftsförderung aufdrängt, sind wir mit Verve dafür eingetreten, Initialzündung und Aktivierung ausschließlich den naturgegebenen Produktionselementen einer Landesgegend vorzubehalten.

Wer sich der überwältigenden Bedeutung dieses letzteren Gesichtspunktes in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen für alle Bevölkerungsschichten eines Kantons bewußt werden will, der möge einmal seinen Blick auf die Kraftwerkbauten in Mauvoisin, an der Dixence, an der Gougra, der Lienne und der Visp richten. Eine Besichtigung dieser gigantischen Bauten ist dazu angetan, die hergebrachte Auffassung über die Armut der schweizerischen Produktivkräfte ins Wanken zu bringen. Man kommt beim Durchwandern dieser Talschaften nicht von dem Eindruck weg, daß sich heute wichtige schweizerische Entscheidungen gerade in unserer Alpenlandschaft vollziehen. Im Quellgebiet der Gougra oberhalb Grimentz und in Praflauri im Vallée des Dix realisiert man mit Staunen, wie das hier in geologischen Zeiträumen aufgeschüttete Moränenmaterial, in dröhnenden Brechanlagen zermalmt und in riesigen Betontürmen mit Zement vermischt, sich in einen wertvollen Baustoff für die Errichtung von Staudämmen verwandelt. Gletscher, Firne und Wasserläufe werden bis hinauf zu den höchsten Alpenkämmen in das Einzugsgebiet der Stauseen eingegliedert. Das Gefälle des Hochgebirges wird durch beständiges Höherlegen der Stauseen und durch gewaltige Erweiterung des Speicherraumes optimal und auch in gleichmäßiger Verteilung über die Jahreszeiten ausgenützt. Die Bauten wie auch die kostspieligen Installationen zeichnen sich überdies noch dadurch aus, daß sie maßgeblich schweizerischer Intelligenz und schweizerischer Ingenieurkunst entspringen, einer Kunst, die von unseren Unternehmen immer stärker auch im Ausland, zum Teil auch in überseeischen Gebieten, verwertet wird.

Warum verkünde ich von dieser Stelle aus die Bedeutung unserer Elektrizitätswirtschaft? Weil sie eines der ausschlaggebenden Fundamente auch der chemischen Industrie darstellt. Dies ist im Wallis besonders augenfällig, wenn man bedenkt, daß die Aluminiumhütte in

Chippis jährlich gleichviel elektrischen Strom verbraucht wie zum Betrieb des gesamten elektrifizierten Netzes der SBB erforderlich ist.

Ungewappnet würde man beim Anblick der sich hier vollziehenden Umgestaltung unserer Bergtäler der Euphorie des Autarkietraumes verfallen. Gerade darum muß man besonders auch im Lager der Chemie den warnenden Stimmen Gehör schenken, die darauf hinweisen, daß die übersetzten Baukosten der gegenwärtigen Hochkonjunktur im Verkaufspreis der Energie abgetragen werden müssen, daß der Energiepreis, verglichen mit den Kosten des Stromes aus ergiebigeren Quellen, an internationalen Maßstäben gemessen, Gefahr läuft, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein. Andere ebenso gewichtige Stimmen weisen darauf hin, daß das Leistungsvermögen des Kapitalmarktes für weitere Investitionen im Kraftwerkbau die Grenze bereits erreicht habe. Hier hilft als Maßstab für ein objektives Urteil nur ein Blick in die fernere Zukunft der Kraftgrundlagen der europäischen Gesamtwirtschaft. Der letztjährige Fehlbetrag in der schweizerischen Stromerzeugung, der für die nächste und auch für die übernächste Wintersaison vorausgesagte Strommangel, die defizitäre Energiebilanz Europas im Kohlen-, Öl- und Erdgassektor, die für die elektrische Energieleistung der Schweiz für das Jahr 1965 geschätzte fehlende Kapazität im Ausmaße von 300 000 installierter kW, fordern von unseren die Elektrizitätswirtschaft betreuenden Unternehmen die Übernahme eines besonders hohen Einsatzes.

Diese Risiken müssen aber in einem Lande, in dem die Hilfe an die Bergkantone ein staatspolitisches Postulat erster Ordnung darstellt, auch unter einem weiteren Gesichtspunkt betrachtet werden. Ein Besuch der Walliser und anderer Bergtäler zeigt, daß kein noch so kleines Dorf und kein noch so unbedeutender Weiler weder im Agrar- noch im gewerblichen Sektor den wirtschaftlichen Auswirkungen dieser neuen Phase der Verwertung unseres Energiereichtums entgeht. Alle Bevölkerungsschichten unserer erwerbsarmen Talschaften werden direkt oder indirekt in den Strom der zusätzlichen Einkommensbildung einbezogen.

Nur die restlose Ausnützung unserer Wasserkräfte und nur der parallel dazu verlaufende Ausbau des schweizerischen Straßennetzes vermögen unsere notleidende Bergbevölkerung in den Rhythmus des Wirtschaftsaufstieges des zwanzigsten Jahrhunderts einzuschließen. Das blutspendende Kreislaufsystem unserer Verkehrsstraßen entspricht – was wir ja leider alle Tage erleben – bei weitem nicht mehr der heutigen Verkehrsdichte unseres Landes. Das Netz der italienischen Autobahnen hat im Tessin bis jetzt keinen Anschluß gefunden, und die vor der Vollendung stehende deutsche Autobahn trifft das gleiche Schicksal vor den Toren der Handels- und Verkehrsmetropole Basel. Verglichen mit dem allgemeinen Wohlstandsindex und mit dem Fortschrittskoeffizient unserer Wirtschaft sind wir durch unsere vorsätzliche Inaktivität auf diesem Sektor zu dem im

Straßenwesen am meisten zurückgebliebenen Land der westlichen Welt herabgesunken. Schon erleben wir es denn auch, daß der kommende Nachholbedarf im Straßenwesen der Rechtfertigung der direkten Bundessteuer Vorspann leistet. Wir müssen uns auch im klaren sein, daß uns die aufsteigende Generation den Vorwurf nicht ersparen wird, daß wir es in einem der vitalsten Organe unseres volkswirtschaftlichen Systems unterlassen haben, die moderne Welt zu der unsrigen zu machen.

Alle Lebensformen müssen in der Schweiz dem Stand des heutigen Kulturniveaus angepaßt bleiben. Es dürfen sich bei uns keine unterentwickelten Landesteile herausbilden. Nur so erhält sich die schweizerische Privatindustrie eine Plattform, um im Inland und auf internationaler Ebene gegen die Erschütterung der Rechtsbegriffe das Wort zu erheben, die die Fundamente unserer Gesellschaftsordnung im Wege der Beseitigung des individuellen Verantwortungsbewußtseins zu gefährden drohen. Das Berichtsjahr war in dieser Hinsicht ganz besonders reich an Erfahrungen. In Belgien hat sich eine Diskussion um den Weiterbestand der Holdinggesellschaften, in Italien eine solche um die Eigentumsverhältnisse der neuerschlossenen Erdöl- und Erdgasquellen entsponnen. In Indien ist das Schicksal ganzer Wirtschaftszweige in Frage gestellt, da ihre Expropriation nach dem Muster der im vergangenen Jahr erfolgten Nationalisierung der Lebensversicherungsgesellschaften befürchtet wird. Ägypten hat die Welt vor das *fait accompli* der Enteignung der Suezkanalgesellschaft gestellt, mit den weittragenden Ausstrahlungen auf die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Verhältnisse, deren unmittelbare Zeugen wir sind.

Daß gegen diese Tendenzen in Europa und anderswo gesunde Widerstandskräfte am Werke sind, beweisen die jüngsten Vorgänge in England, wo in allen Lagern eine fühlbare Ernüchterung in bezug auf die Opportunität der Verstaatlichung zu beobachten ist. Um die Produktivität der Basisindustrien zu erhöhen, ist die Stahlindustrie in den letzten Jahren zu zwei Dritteln ihrer Kapazität reprivatisiert worden. Auch die Raw Cotton Commission, der die Einfuhr und die Verteilung der Rohbaumwolle obliegt, sowie der Truckverkehr auf den englischen Landstraßen sind in den privaten Besitz zurückgeführt worden. In Amerika wurden im Berichtsjahr fünfundzwanzig während der Kriegszeit als Staatsbetriebe errichtete Fabriken für die Herstellung von künstlichem Kautschuk an Privatkonzerne verkauft. Diese gewaltige Transaktion bezweckt, die Substitution des aus den politisch gefährdeten Gebieten Ostasiens stammenden Naturkautschuks in möglichst kurzer Zeit durch eine leistungsfähige Privatindustrie sicherzustellen. In Indien hat eine durch den Staat eingesetzte Kommission von indischen Volkswirtschaftlern empfohlen, die sinkende Effizienz der öffentlichen Unternehmen durch Einsatz geeigneter Anreizmittel zu steigern.

Fast alle lebenswichtigen Zweige der Wirtschaft müssen sich heute – international gesehen – mit der Gefahr einer Verstaatlichung auseinandersetzen. Eine spezifische, unsere Industrie besonders exponierende Ausdehnung der öffentlich-rechtlichen Verfügungsgewalt bedroht die Chemie auf dem Gebiet der Verwertung der Atomenergie, wo sich für die staatliche Reglementierung eine neue und dazu äußerst ergiebige Schleuse aufgetan hat. Das Objekt ist so verführerisch, daß der Staat in einzelnen Ländern, ohne ernstlichen Hindernissen zu begegnen, große Bezirke entscheidender Forschungsaufgaben bereits mit Beschlag belegen konnte und sich sogar als Unternehmer für die aus der Forschung erwachsenden Produktionsprogramme in größtem Stile etablierte. Ein staatlich dirigiertes Kollektivdenken verdrängt hier die Verantwortung des Einzelindividuums und des Einzelunternehmers, wobei allerdings nicht verkannt werden darf, daß die militärische Bedeutung dieses Forschungsbezirkes die Grenzziehung zwischen öffentlicher und privater Sphäre besonders erschwert.

Auch unsere Behörden befassen sich zurzeit mit der verfassungsrechtlichen Verankerung der Gesetzgebung auf dem Gebiete der Atomenergie und des Strahlenschutzes sowie mit der Ausarbeitung eines Bundesbeschlusses über die friedliche Anwendung der Atomenergie. Wenn der vorgelegte Gesetzestext auch verspricht, daß die bei uns geplante Regelung zu den liberalsten Kodifikationen der Welt in dieser delikaten Materie gehört, so bleibt eben doch die Tatsache bestehen, daß die Schweiz, entblößt von nuklearenergetischen Rohstoffen, sich dem Monopol derjenigen Länder, die die radioaktiven Elemente kontrollieren, nicht entziehen kann. Vorläufig kann nur der Bund Uran kaufen. Er allein ist in der Lage, dem Verkäufer die Garantien zu bieten, die für die Verwendung dieser Stoffe im weiteren Produktionsprozeß ausbedungen werden. Er allein kann die für die Kontrolle erforderlichen Organe bestellen.

Wenn in dem Entwurf dank der Weitsicht des Gesetzgebers davon Abstand genommen wird, weitergehende Maßnahmen staatlicher Ingerenz in diese Zukunftsform der Energiegewinnung zu ergreifen, so kommt diese Haltung einem Appell an die Privatwirtschaft gleich, für diese neue Entwicklung ihre besten Kräfte einzusetzen, um im scharfen Wettbewerb mit den übrigen modernen Industriestaaten auch hier an der Spitze des Fortschrittes zu bleiben. Wenn unsere Kader dazu ungenügend sind, so sollten die in dem Bundesbeschuß erwähnten Mittel zur Förderung der Forschung in Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten auch dazu eingesetzt werden, qualifizierte Kräfte zu berufen, die im Ausland bereits seit Jahren wertvolle Erfahrungen gesammelt haben. Deren Zusammenarbeit mit unseren Fachleuten würde den Abstand zu den Pionierländern in willkommener Weise verringern. Ein solches Programm hätte allerdings zur Voraussetzung, daß die zur Verfügung

stehenden Mittel keine Zersplitterung erfahren. Das muß bei der Ausarbeitung des Bundesbeschlusses über die Atomenergie vor allem bedacht werden. Zu Beginn des Jahres 1957 wird in Würenlingen mit der Inbetriebnahme des Swimming-Pool-Reaktors das erste Aggregat in der Schweiz für Ausbildungs- und Forschungszwecke zur Verfügung stehen. Dieses experimentelle Zentrum muß deshalb in erster Linie unter die Institute eingereiht werden, deren Forschung durch den Bundesrat gefördert werden soll. Da mit diesem Swimming-Pool-Reaktor die Reaktor AG in der glücklichen Lage ist, ihre Ausbildungstätigkeit zwei Jahre früher als ursprünglich vorgesehen aufzunehmen, wird auch der Retribskostenbeitrag des Bundes an die veränderten Verhältnisse angepaßt werden müssen.

Es bleibt zu wünschen, daß andere Länder der Schweiz in ihrer liberalen Haltung hinsichtlich der Organisation dieses neuen Bereiches wissenschaftlicher und industrieller Betätigung folgen werden. Auf Grund der zwischenstaatlichen Vereinbarungen, die Amerika mit den Entwicklungsländern in weitblickender Weise auf dem atomenergetischen Gebiet abschließt, erhält die Welt erfreulicherweise Zugang zu einem Erfahrungspotential, das die Vereinigten Staaten bis jetzt einen Betrag von wohl über 20 Milliarden Dollar gekostet hat. Aber auch dieser Betrag ist nicht hoch genug, um daraus eine Rechtfertigung dafür abzuleiten, den Hebelarm der privaten Führung des künftigen atomphysikalischen und atomchemischen Geschehens außer Kraft zu setzen.

Eine faire Stellungnahme zur Frage der staatlichen Intervention wird in unserem Lande maßgeblich durch die Einsicht bestimmt, daß zahlreiche Betriebe der öffentlichen Hand und viele gemischtwirtschaftliche Unternehmen auf dem Gebiete der Warenerzeugung und der Erbringung von Dienstleistungen hervorragende Aktivposten unserer Wirtschaft darstellen. Wir benützen gerne den Anlaß unserer Generalversammlung, bei der viele führende Vertreter unserer Behörden unter uns weilen, um die Leistungen dieser Dienste für unseren eigenen Wirtschaftszweig und für das ganze Land öffentlich anzuerkennen. Es ist keine Frage, daß das schweizerische Prestige im Ausland zum Teil auf der sprichwörtlichen Zuverlässigkeit der reinen oder der gemischten Betriebe der öffentlichen Hand – der Post, der Eisenbahn, des Flugzeuges, der Kommunalbetriebe für Wasser, Gas und Elektrizität, der Kantonalbanken usw. – beruht. Dabei handelt es sich gerade bei diesen Anstalten vielfach um Unternehmungen, die, wenn sie internationalen Maßstäben standhalten wollen, besonders langfristige Investitionszeiten und besonders hohe Kapitalquoten auf die Waagschale zu legen haben.

Unsere Ausführungen sind in der heutigen Zeit der internationalen Spannungen mit Absicht darauf gerichtet, für die neuen Wachstumsperspektiven der schweizerischen Wirtschaft eine gesteigerte Interessensharmonie zwischen Staat und Wirtschaft herzustellen. Auf vielen Arbeitsgebieten ist das gelungen.

Als besonders eindrückliches Beispiel mag hier die Außenwirtschaftspolitik erwähnt werden, und zwar sowohl in ihrem multilateralen wie in ihrem bilateralen Bereich. In der OECE und in der EPU verfolgen die eidgenössischen Behördevertreter und die Delegierten aus der Privatwirtschaft die gleichen liberalen Ziele. Man wird, ohne unbescheiden zu sein, feststellen können, daß der schweizerischen Vertretung in der OECE ein bedeutender Platz zukommt. In der Person von Herrn Minister Bauer bekleidet unser Land gegenwärtig den Vorsitz des Exekutivausschusses, somit der wichtigsten ausführenden Behörde. Ferner sind wir durch Herrn Minister SCHAFFNER im Handelsdirektorium, diesem für die Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs so bedeutsamen Organ, in autoritativer Weise vertreten. Auch in den Industriekommissionen arbeiten schweizerische Delegierte rege mit. Für den Bereich der Chemie beschicken wir regelmäßig durch eigene fachkundige Delegierte die Sitzungen des Plenarkomitees und seiner Arbeitsausschüsse für Farbstoffe, Kunststoffe, Stickstoffe, Lacke und Farben, Seifen und Waschmittel. Auf programmatischem Gebiet haben die schweizerischen Beiträge nicht selten zur Lösung schwieriger Probleme beigetragen. Ganz besonders aber in praktischen Fragen war es unseren Delegierten mit ihrer bewährten Erfahrung möglich, immer wieder positiv mitzuarbeiten. Zweifellos beruht der gute Ruf, den die schweizerischen Vertrauensleute im Château de la Muette genießen, in erster Linie auf der Tatsache, daß sie ein Land und eine Vielfalt von Industrien vertreten dürfen, welche sich traditionsgemäß immer redlich bemüht haben, eine liberale Denkweise nicht nur in der Theorie zu verfechten, sondern ihr auch in der Praxis zur Verwirklichung zu verhelfen.

In der Frage des allfälligen Beitrittes zum GATT und in dem dornenvollen Problem der Bildung eines einheitlichen Europamarktes werden die sich stellenden schwerwiegenden Fragen zwischen Verwaltung und Wirtschaft eingehend erörtert. Die Wirtschaftsverhandlungen werden mit den interessierten Industrien von langer Hand und unter Beizug von qualifizierten Experten vorbereitet. Wenn auch oft der Erfolg sich nicht in der gewünschten Weise einstellen will, so wissen wir doch und vertrauen darauf, daß unsere offiziellen Delegationen alles in ihrer Macht Liegende versuchen, um die berechtigten Begehren der Wirtschaft zu verwirklichen.

Auf einem Gebiet indessen läuft die Divergenz in den Auffassungen von Behörde und Industrie Gefahr, sich zum Malaise zu entwickeln. Wir meinen den Sektor der industriellen Alkoholversorgung. Sie ist durch ein öffentlich-rechtliches Monopol diktiert. Die Stellungnahme des Schweizervolkes im Emser Entscheid läßt die Hoffnung erwachen, daß uns das durch die Verfassung verbrieftete Recht des Bezuges von Alkohol zu den der Einfuhr zugrunde liegenden Sortenpreisen nicht mehr länger vorenthalten wird. Wir richten deshalb an unsere Behörden nochmals die Bitte, uns in bezug auf die Belieferung

mit diesem wichtigen Rohstoff gegenüber unseren ausländischen Konkurrenten nicht weiter zu diskriminieren. Unser mächtigster Konkurrent auf dem Weltmarkt ist Deutschland. Berücksichtigen wir die Rückvergütung, die die deutsche Industrie auf ihren für Exportprodukte verbrauchten Alkohol genießt, so beträgt der Schweizer Preis mehr als das Doppelte der Quotierung, die unsere deutsche Konkurrenz bezahlt. Auch der amerikanische Preis steht heute 30 % unter unserer Notierung. Es kann für uns kein Trost sein, wenn Frankreich einen Monopolpreis bezahlt, der höher ist als der schweizerische, denn ein durch Zölle und Kontingente geschützter Inlandsmarkt, der unsinnige Monopolpreise verträgt, kann ja nicht das Ziel einer vernünftigen Wirtschaftspolitik der Schweiz darstellen. Unsere Mahnung hat heute ein um so größeres Gewicht erhalten, als in der abgelaufenen Berichtsperiode mit Bewilligung und unter Kontrolle unserer Behörden Exporte von massiv verbilligtem Alkohol stattfanden. Ihr Mittelwert pro Hektoliter lag in der Tat bei Fr. 27.60, während der schweizerische Verbraucher für den Industriesprit damals Fr. 93.59 bezahlte und heute noch einen Preis von Fr. 82.63 zu erlegen hat. Auf Anfrage hin wurde eine Qualitätsabweichung geltend gemacht. Indessen ist der schweizerischen Industrie keine Gelegenheit geboten worden, diese Ware unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwendung im Inlandsverbrauch auszuprobieren.

Dieses Verhalten steht in einem merkwürdigen Gegensatz zu den jüngsten behördlichen Appellen, in der Preisgestaltung im Interesse der Inflationsbekämpfung Maß zu halten. Für weite Gebiete der chemischen Industrie bedarf es allerdings dieser Aufforderung kaum, steht doch fest, daß die Preise zahlreicher schweizerischer chemischer Produkte, wie Pharmazeutika, Farbstoffe, Düngemittel und chemische Grundstoffe, in den letzten Jahren im Inland wie übrigens auch im Export entweder stabil geblieben oder dauernd gesunken sind. Dies war nicht zuletzt möglich dank großzügiger Modernisierung und Erneuerung unserer Fabrikationsanlagen, die nicht in erster Linie der Expansion, sondern der Rationalisierung und der Erhöhung der Schlagfertigkeit in einem sich dauernd verschärfenden Konkurrenzkampf dienten. Die chemische Industrie darf deshalb für weite Gebiete ihrer Betätigung für sich in Anspruch nehmen, daß die steigende Produktivität ihrer Anlagen durch sinkende Preise allen ihren weitverzweigten Absatzgebieten zugute gekommen ist.

Wer die Entstehungsgeschichte unserer großen Konzerne auf dem Gebiete der Herstellung von Aluminium und anderen Metallen, von Uhren, Maschinen und Apparaten, von Erzeugnissen der Textil-, der Leder-, der Cellulose-, der Papier-, der Zement- oder Nahrungsmittelindustrie aufmerksam verfolgt, ist immer wieder erstaunt darüber, daß alle diese Zweige in ihrem Aufstieg ähnliche Bewährungsproben wie die chemischen Werke bestehen mußten. Der Kampf war um so härter, je größer der Prozentsatz der Gesamtproduktion ist, der

im Export abgesetzt werden mußte. Immer waren wir gegenüber der Konkurrenz durch hohe Kosten für Rohmaterialien und Energie, durch höhere Löhne, durch das Fehlen eines Rückhaltes an einem großen konstanten Inlandsmarkt benachteiligt. Und trotzdem verfügt die Schweiz unter allen Kleinstaaten Europas über den am besten integrierten industriellen Apparat, dessen ähnlich verlaufende Entwicklungsphasen ohne staatliche Vorausplanung, aber durch enge wechselseitige Befruchtung zu höchster Entfaltung gelangten.

Warum und wie hat sich diese eindruckliche Kongruenz auf so hoher Ebene verwirklicht? Vielleicht liegt die Antwort in einer Gegenfrage: Ist es im Lande ROUSSEAUS ein Wunder, wenn durch das freie Streben des Individuums bei groß und klein, unter Technikern, Kaufleuten und Wissenschaftlern eine Harmonie entstand, die nicht *a priori* gesucht war und die doch im Endresultat zu einer vernünftigen Arbeitsteilung innerhalb der vielgestaltigsten Arbeitsgebiete geführt hat? Diese Harmonie wird noch durch die Tatsache erhärtet, daß die auseinanderstrebenden Interessen in kritischen Phasen immer wieder zu gemeinsamen Anstrengungen vereinigt werden konnten. Das Zustandekommen dieses Gleichgewichtes hat seine Parallele in der Biologie. Die physikalischen und chemischen Einzelvorgänge, die sich in den Zellen abspielen, hat man eingehend studiert und teilweise aufgeklärt. Wie aber die bunte Mannigfaltigkeit im reifen Organismus zustande kommt, warum ein harmonisches Zusammenspiel unter diesen heterogenen Teilen möglich ist und auf welche Weise dieser Wohlklang ein ganzes Leben andauern kann, darüber weiß man im Grunde genommen noch herzlich wenig. Ohne einen besonderen Aufwand unseres Willens gelangt ein alles bewegender Lebensstrom in der Natur zum Durchbruch und folgt damit einem Gesetz, dessen Ursprung und dessen Finalität unserem Geiste bis dahin verschlossen geblieben sind. Es wäre gut, wenn die Kreise, die heute die staatliche Allmacht mobilisieren, um in dem äußerst delikaten Ablauf unserer Wirtschaftskonjunktur dilettantische Bremsversuche durchzuführen, diesen biologischen Rhythmus hören könnten. Sie würden dann mit nicht geringem Erstaunen wahrnehmen, welch gewaltige Gleichgewichtsstörungen ein gesunder Organismus auszuhalten vermag, solange seine inneren körpereigenen Abwehrkräfte ungehemmt zum Einsatz gelangen können. Der schweizerische Wirtschaftsorganismus ist in seinen wesentlichen Gliedern gesund. Er verträgt es nicht, als Invaliden behandelt zu werden.

Dieser Wirtschaftsorganismus sieht sich vielleicht – vor allem aus politischen Gründen – schon in naher Zukunft auf internationaler Ebene Problemen gegenüber, deren Tragweite uns vor lebenswichtige Entscheidungen stellt. Der große einheitliche Wirtschaftsraum jenseits des Atlantik mit seiner gewaltigen Expansionskraft und die fortschreitende Zusammenfassung der Staaten im Osten zu einer Wirtschaftseinheit lassen die Frage stellen, ob Westeuropa diesem Konkurrenzdruck von zwei

Seiten her auf die Dauer standhalten kann, ohne sich selbst wirtschaftlich enger zusammenzuschließen. Aus dieser Frage heraus ist der Gedanke des *marché commun* entstanden. Wir haben in dem Industriezweig, dessen Zentenarfeier wir heute begehen, die internationale Zusammenfassung unserer Konkurrenz in Europa bereits einmal, nämlich im Gefolge des Ersten Weltkrieges, in größtem Maßstabe erlebt. Wir vermochten den Reperkussionen dieser Zusammenballung nur durch aktive Zusammenarbeit auf internationaler Ebene wirkungsvoll zu begegnen. Für den Fall einer europäischen Zusammenschlußbewegung kann ich mir aus den damaligen Erfahrungen nur die Alternative einer aktiven Teilnahme vorstellen. Dabei müssen wir uns bewußt sein, daß der *marché commun* sich nur in langsamer Entwicklung schaffen läßt, wobei noch keineswegs feststeht, daß diese Entwicklung in der Weise verlaufen muß, wie sie sich die Länder der Montanunion vorstellen. Es wäre durchaus denkbar, daß die ersten konkreten Lösungen von der Wirtschaft beziehungsweise von einzelnen, international besonders eng zusammenarbeitenden Wirtschaftszweigen gefunden werden. Für die Schweiz mit ihrer tief verankerten Konzeption der Neutralität wird sich aber auf alle Fälle das nicht leicht zu lösende Problem stellen, wie sich unser Land im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit eine ihrer Besonderheit Rechnung tragende völkerrechtliche und wirtschaftliche Form der Mitwirkung auszubedingen vermag. Eine ihrer Hauptaufgaben wäre dabei, den dirigistischen Kräften entgegenzuwirken, die bei der Schaffung eines gemeinsamen Marktes ganz besonders stark in Erscheinung treten werden.

Aus der Geschichte der Teerfarbenindustrie, die parallel mit der Farbenwissenschaft gewachsen ist, lernen wir, daß wissenschaftliches Denken, ökonomisches Wollen, technisches Gestalten erst in der Aktivität der Persönlichkeit zur lebendigen geistigen Substanz werden. Allen voran geben die menschlichen Entwicklungsimpulse der Lebensgemeinschaft Inhalt und Richtung. Sie wirken ähnlich den Hormonen und Vitaminen im biologischen Geschehen, ähnlich den Katalysatoren im chemischen Reaktionsverlauf. Es ist ja nicht von ungefähr, wenn wir beim Zurückdenken an unsere Studienzeit, an unsere Lehr- und Wanderjahre immer dann zu vibrieren beginnen, wenn Erinnerungen wach werden, in denen sich unsere Wege mit denjenigen bedeutender Menschen gekreuzt haben. Immer hat uns das Schicksal derjenigen beschäftigt, die zu Pionieren emporgewachsen sind. Von diesen Menschen ist in unseren Schulbüchern kaum je die Rede. Auch ist über sie in den Universitätsvorlesungen außer im engsten Fachbereich sel-

ten etwas zu hören. Unsere Erzieher kennen sie nicht, von unseren Politikern werden sie ignoriert. In der Menschheitsgeschichte verblassen sie hinter den militärischen und den politischen Profilen. Nicht zuletzt, um der jüngsten Generation das Werk der Protagonisten der Chemie nahezubringen, haben wir uns, wie schon letztes Jahr erwähnt, zur Durchführung von Vorträgen über Bedeutung und Stellung der Chemie in der modernen Welt an den Mittelschulen entschlossen. Diese Veranstaltungen haben nun mit einem ersten Vortrag in Frauenfeld ihren Anfang genommen. Wir hoffen, in den kommenden Monaten in den Auditorien unserer Mittelschulen durch weitere Referate, die von qualifizierten Chemikern mit langjähriger industrieller und wissenschaftlicher Erfahrung gehalten werden, viele junge Freunde für unsere Wissenschaft und für unsere Industrie zu gewinnen.

Wir haben es aber auch als eine besonders vornehme Pflicht erachtet, im Rahmen unserer diesjährigen Generalversammlung des Entdeckers des ersten synthetischen Teerfarbstoffes, Sir WILLIAM PERKIN, zu gedenken. Es war uns dabei ein Herzenswunsch, uns sein Werk durch den Mund eines seiner Landsleute erzählen zu lassen. Wir sind stolz darauf, daß wir den Ordinarius für organische Chemie in Cambridge für diesen Vortrag gewinnen konnten. Damit verschaffen wir uns für einen Moment die gedankliche Herrschaft über jene bedeutende Forscherlinie, die von WILLIAM PERKIN über dessen Sohn zum Altmeister der englischen Organiker hinaufführt, zu ROBERT ROBINSON, und von ihm auf seinen eminenten Nachfolger und Schüler Professor TODD, den wir heute in unserem Kreise begrüßen dürfen.

Die chemische Formelsprache, die die wissenschaftlichen Ergebnisse so treffend zu definieren vermag, ist vielleicht nicht allen Mitgliedern, die heute hier versammelt sind, geläufig. Auch die Bedeutung der einzelnen chemischen Theoreme wird wohl schwerlich von uns allen in ihrer Tragweite für die Entwicklung der Chemie ermessen. Aber der Weg, der uns den Zugang zur menschlichen Größe eröffnet, ist für uns alle der gleiche. RILKE hat ihn besonders eindrucklich geschildert in den Sonetten an Orpheus, entstanden im Turm von Muzot ob Siders, in einer Gegend also, die der Lebensnähe sicherlich nicht entbehrt. RILKE sagt:

«Denn noch ist das Dasein verzaubert.
An hundert Stellen ist es noch Ursprung,
ein Spiel von reinen Kräften,
die keiner berührt,
wenn er nicht kniet und bewundert.»